

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 15.02.2011

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 19:30 Uhr

Anwesend sind:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	16:30 Uhr bis 19:30 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	16:30 Uhr bis 19:50 Uhr
Herr Raik Müller	CDU	16:30 Uhr bis 18:00 Uhr danach Frau Dr. Wünscher
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	18:00 Uhr bis 19:50 Uhr Vertreterin für Herrn Müller
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 19:50 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 19:50 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 19:50 Uhr
Frau Katharina Hintz	SPD	16:30 Uhr bis 19:50 Uhr
Herr Johannes Krause	SPD	16:30 Uhr bis 19:50 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	16:30 Uhr bis 19:50 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	16:30 Uhr bis 19:50 Uhr
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16:30 Uhr bis 19:50 Uhr

Entschuldigt fehlen:

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Beginn der Sitzung wurden folgende Unterlagen ausgegeben:

- zu TOP 5.1 - Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
- zu TOP 5.5 sowie die Änderungsanträge - Änderungsblatt der Verwaltung zur Marktsatzung sowie Stellungnahmen zu den Änderungsanträgen
- zu TOP 5.5.11 - modifizierter Änderungsantrag des Stadtrates Jürgen Busse (CDU Fraktion) zum § 10 (1) 1 der Marktsatzung
- zu TOP 5.5.15 - modifizierter Antrag des Stadtrates Jürgen Busse (CDU-Fraktion) zur Marktsatzung bzgl. Lageplan
- zu TOP 8 - Übersicht über die Vorhaben der Stadt Halle (Saale) im Rahmen des Konjunkturpaketes II mit Stand vom 14.02.2011
- zu TOP 8 - Projektbericht zur Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens in der Stadt Halle (Saale)

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die CDU-Fraktion teilte mit, dass die Anträge

V/2011/09478 (wurde nachträglich verschickt)
5.5.8 - V/2011/09481
5.5.9 - V/2011/09482
5.5.10 - V/2011/09483
5.5.13 - V/2011/09486

zurück gezogen werden.

Der Änderungsantrag 5.5.11 - V/2011/09484 sowie der Antrag 5.5.15 - V/2011/09488 wurde modifiziert.

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Herr Dr. Meerheim, Frau Hintz und Herr Bönisch.

Die Mitglieder informierten über die Abstimmungslage im Wirtschaftsförderungsausschuss.

Herr Bönisch stellte den Antrag

TOP 5.5 sowie die dazugehörigen Anträge werden in die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 22. März 2011 vertagt.

Abstimmung zum Antrag von Herrn Bönisch:

einstimmig zugestimmt

Im Bildungsausschuss am 1.2.2011 wurde der

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Sachkundigen Einwohners im Bildungsausschuss, Thomas Senger, zur Änderung der Schülerbeförderungssatzung
Vorlage-Nr.: V/2011/09267

zurückgezogen und kann somit als TOP 6.3 gestrichen werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen
Nein-Stimmen
Enthaltungen

Beschluss:

Folgende geänderte Tagesordnung wird festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 18.01.2011
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2011
Vorlage: V/2010/09255
 - 5.1.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2011"(Vorlage: V/2010/09255)
Vorlage: V/2011/09547
 - 5.2. Satzungsaufhebung Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement
Vorlage: V/2011/09431
 - 5.3. Neufassung der Stellplatzsatzung der Stadt Halle (Saale) - Abwägungsbeschluss
Vorlage: V/2010/09404
 - 5.4. Neufassung der Stellplatzsatzung der Stadt Halle (Saale) - Satzungsbeschluss
Vorlage: V/2010/09405
 - 5.5. Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)
Vorlage: V/2010/09160
 - 5.5.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung) (Vorlage: V/2010/09160)
Vorlage: V/2010/09335
 - 5.5.2 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung) (Vorlage: V/2010/09160)
Vorlage: V/2010/09340
 - 5.5.3 Änderungsantrag der Stadträtin Martina Wildgrube (FDP-Fraktion) zum § 5 der Marktsatzung (Vorlage: V/2010/09160)
Vorlage: V/2011/09469

- 5.5.4 Änderungsantrag der FDP-Stadträtin Martina Wildgrube (FDP-Fraktion) zum § 12 und § 17 der Marktsatzung (V/2010/09160)
Vorlage: V/2011/09464
- 5.5.5 Änderungsantrag der Stadträtin Martina Wildgrube (FDP-Fraktion) zum § 8 der Marktsatzung (V/2010/09160)
Vorlage: V/2011/09465
- 5.5.6 Änderungsantrag des Stadtrates Jürgen Busse (CDU Fraktion) zum § 4 (1) der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)
Vorlage: V/2011/09477
- 5.5.7 Änderungsantrag des Stadtrates Jürgen Busse (CDU Fraktion) zum § 5 (4) 6 der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)
Vorlage: V/2011/09479
- 5.5.8 Änderungsantrag des Stadtrates Jürgen Busse (CDU Fraktion) zum § 5 (4) 7 der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)
Vorlage: V/2011/09481
- 5.5.9 Änderungsantrag des Stadtrates Jürgen Busse (CDU Fraktion) zum § 8 (3) 3 der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)
Vorlage: V/2011/09482
- 5.5.10 Änderungsantrag des Stadtrates Jürgen Busse (CDU Fraktion) zum § 8 (3) 4 der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)
Vorlage: V/2011/09483
- 5.5.11 Änderungsantrag des Stadtrates Jürgen Busse (CDU Fraktion) zum § 10 (1) 1 der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)
Vorlage: V/2011/09484
- 5.5.12 Änderungsantrag des Stadtrates Jürgen Busse (CDU Fraktion) zum § 12 (2) der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)
Vorlage: V/2011/09485
- 5.5.13 Änderungsantrag des Stadtrates Jürgen Busse (CDU Fraktion) zum § 12 (3) der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)
Vorlage: V/2011/09486
- 5.5.14 Änderungsantrag des Stadtrates Jürgen Busse (CDU Fraktion) zum § 12 (4) der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)
Vorlage: V/2011/09487

- 5.5.15 Antrag des Stadtrates Jürgen Busse (CDU Fraktion) zur Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)
Vorlage: V/2011/09488
- 5.6. Haushaltsausgabereste für Ausgaben des Vermögenshaushaltes 2010
Vorlage: V/2011/09457
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Einrichtung von Grüne-Welle-Schaltungen an allen Ampelanlagen in Halle (Saale)
Vorlage: V/2010/09245
- 6.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Vertrieb des Rad- und Wanderstadtplans Halle (Saale)
Vorlage: V/2010/09327
- 6.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Sachkundigen Einwohners im Bildungsausschuss, Thomas Senger, zur Änderung der Schülerbeförderungssatzung
Vorlage: V/2010/09267
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Mitteilungen
9. mündliche Anfragen
10. Anregungen

**zu 3 Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am
18.01.2011**

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 18.01.2011 wurde genehmigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

In der Sitzung des Ausschusses am 18.01.2011 wurden keine abschließenden nicht öffentlichen Beschlüsse gefasst.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2011** **Vorlage: V/2010/09255**

Zu Beginn der Sitzung wurde der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage - siehe TOP 5.1.1 - verteilt:

(16:50 Uhr - Herr Wehrich kam in die Sitzung.)

An der Diskussion beteiligten sich Herr Bönisch, Herr Dr. Meerheim, Herr Wolter, Herr Wehrich, Herr Krause, Frau Nagel, Herr Geier und Herr Bielecke.

Von Herrn Bielecke wurden einige Einzelnachfragen beantwortet.

Herr Wehrich begründete den gestellten Änderungsantrag. Mit regelmäßigen kleinen Unterhaltungsmaßnahmen sollen wesentlich höhere Folgekosten bei der Komplettsanierung vermieden werden. Dem Substanzverlust der städtischen Immobilien solle Einhalt geboten werden.

Herr Geier führte aus, dass der Ansatz des EB ZGM wohl nachvollziehbar sei. Die Entscheidung, in welche Immobilien investiert werde, solle erst nach der Diskussion und Entscheidung darüber getroffen werden, welche Gebäude dauerhaft durch die Verwaltung genutzt werden.

Danach erfolgte eine ausführliche Diskussion darüber, ob der Änderungsantrag in dieser Sitzung oder besser in den Haushaltsplanberatungen diskutiert und beschlossen werden sollte. Die Vor- und Nachteile wurden abgewogen. Einige Mitglieder legten Herrn Wehrich nahe, den Änderungsantrag ggf. neu bei den Haushaltsplanberatungen zu stellen. Die bessere Nachvollziehbarkeit des Wirtschaftsplanes wurde von einigen Stadträten positiv herausgestellt.

Herr Wehrich zog den Änderungsantrag zurück.

Nach einem Hinweis von Herrn Bönisch sagte die Verwaltung ein Austauschblatt zu: Redaktioneller Fehler auf Seite 14, 5. Zeile von unten ... Höhe von TEUR 3.041,1; ... Richtig muss es wie im Erfolgsplan auf Seite 22 heißen: TEUR 2.294,9.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
1 Enthaltung
mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, entsprechend § 10 Abs. 2 a) der Satzung der Stadt Halle (Saale), für den „Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)“ den Wirtschaftsplan für das Jahr 2011.

Finanzielle Auswirkung:

VerwHH :

Mietausgaben der UA an ZGM (531010, 531020, 531030) 24.935.000,00 €

VermHH : Investitionszuschuss an EB ZGM

0,00 €

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Beschlussvorlage "Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Zentrales
GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr
2011"(Vorlage: V/2010/09255)
Vorlage: V/2011/09547**

Die Diskussion wurde bei TOP 5.1 geführt.

Ergebnis:

Der Änderungsantrag wurde von Herrn Wehrich zurückgezogen.

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird geändert und erhält folgende Fassung:

Der Stadtrat beschließt, entsprechend § 10 Abs. 2 a) der Satzung der Stadt Halle (Saale), für den „Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)“ den Wirtschaftsplan für das Jahr 2011 unter der Maßgabe, dass dem Eigenbetrieb zusätzliche Finanzmittel in Höhe von 2,5 Mio. Euro für Instandhaltungsaufwendungen zur Verfügung gestellt werden.

**zu 5.2 Satzungsaufhebung Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement
Vorlage: V/2011/09431**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Bönisch, Herr Dr. Meerheim, Herr Wolter, Herr Krause, Herr Knöchel, Herr Dr. Wöllenweber, Herr Geier und Herr Neumann.

Die Mitglieder kritisierten die Qualität der Vorlage. Die Begründung sei mangelhaft, das Ziel nicht beschrieben und die Schritte zwischendurch nicht transparent.

Herr Bönisch stellte den Geschäftsordnungsantrag:

Die Beschlussvorlage wird aufgrund des noch bestehenden Klärungsbedarfes vertagt.

Herr Wolter sprach sich gegen den Geschäftsordnungsantrag aus, da noch Frage- und Redebedarf bestehe

Herr Bönisch stellte daraufhin seinen Geschäftsordnungsantrag zurück.

Herr Neumann informierte darüber, dass der Eigenbetriebsausschuss die Vorlage zur Kenntnis genommen habe. Die Grundsatzentscheidung des Stadtrates sei für die Verwaltung für die Einleitung der weiteren Schritte sehr wichtig. U. a. sei diese für die Aufstellung des

doppischen Haushaltsplanes 2012 entscheidend. Er erinnerte an die Historie der Entstehung des EB ZGM und warb für eine Entscheidung, da noch viel Arbeit für die Umsetzung anstehe.

Herr Geier bekräftigte die Ausführungen von Herrn Neumann. Viele administrative Aufgaben seien noch zu lösen. Das damals gesteckte Ziel der Optimierung wurde nicht im erhofften Maß erreicht, ggf. weil die Gründung nicht optimal erfolgte und die Rahmenbedingungen nicht stimmten. Die Umstrukturierung habe großen Einfluss auf die Doppik. Die Produkte müssen auch für diesen Bereich definiert und die Altdaten übernommen werden. Die Doppik im Sinne des HGB unterscheidet sich in einigen Punkten von der kommunalen Doppik, so dass auch dabei erhöhter Arbeitsbedarf entstehe. Der Grundsatzbeschluss müsse im März gefasst werden, da sonst massive Störungen bei der Einführung der Doppik nicht ausgeschlossen werden können.

Im Ergebnis der Diskussion baten die Mitglieder um eine substantiell angereicherte Vorlage um z. B. folgende Punkte:

- Analyse des Ist-Zustandes
- Warum soll zurückgeführt werden? (Gründe für die Ausgliederung waren die gleichen wie die für die Rückführung.)
- Darstellung und Abwägung der Vor- und Nachteile
- Wie sieht das Konzept der Verwaltung aus?
- Wie stellt sich die künftige Struktur dar?

Herr Bönisch stellte erneut den Geschäftsordnungsantrag: siehe oben

Abstimmung Geschäftsordnungsantrag

einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

geänderter Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften vertagt nach einem Geschäftsordnungsantrag von Herrn Bönisch den Beschluss auf die Sitzung am 22.03.2011.

Von der Verwaltung wird eine grundlegend überarbeitete Vorlage erwartet.

zu 5.3 Neufassung der Stellplatzsatzung der Stadt Halle (Saale) - Abwägungsbeschluss Vorlage: V/2010/09404

An der Diskussion beteiligten sich Herr Weihrich, Herr Dr. Wöllenweber und Herr Lunebach (Amtsleiter Stadtplanungsamt).

Auf Nachfrage erläuterte Herr Lunebach, dass die Plandaten zur Einnahmestruktur so gut wie gar nicht quantifizierbar seien. Es gebe keine größeren Neubauvorhaben mehr und die ersten 8 Stellplätze sind nach Landesrecht ablösefrei. Behindertengerechte Parkplätze seien nicht betroffen, da es für diese Spezialgesetze gebe.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Den in der Anlage zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zur Neufassung der Stellplatzsatzung wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit, den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange sowie den Nachbargemeinden, die in ihren Stellungnahmen abwägungsrelevante Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

Finanzielle Auswirkung: keine

**zu 5.4 Neufassung der Stellplatzsatzung der Stadt Halle (Saale) -
Satzungsbeschluss
Vorlage: V/2010/09405**

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Satzung der Stadt Halle über die Herstellung notwendiger Stellplätze für Kraftfahrzeuge und über die Erhebung von Ablösebeträgen (Stellplatzsatzung) in der vorgelegten Fassung vom 18. Januar 2011.
2. Die Begründung in der vorgelegten Fassung vom 18. Januar 2011 wird gebilligt.

Finanzielle Auswirkung: keine

**zu 5.5 Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und
Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)
Vorlage: V/2010/09160**

Die Abstimmung über die Vertagung erfolgte beim TOP 2 - Bestätigung der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

geänderter Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften stellt die Vorlage sowie die dazu gestellten Anträge und Änderungsanträge bis zur Sitzung am 22.03.2011 zurück.

**zu 5.5.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung) (Vorlage: V/2010/09160)
Vorlage: V/2010/09335**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ergebnis:

Bis zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 22.03.2011 zurückgestellt.

**zu 5.5.2 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung) (Vorlage: V/2010/09160)
Vorlage: V/2010/09340**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ergebnis:

Bis zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 22.03.2011 zurückgestellt.

**zu 5.5.3 Änderungsantrag der Stadträtin Martina Wildgrube (FDP-Fraktion) zum § 5 der Marktsatzung (Vorlage: V/2010/09160)
Vorlage: V/2011/09469**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 15. Februar 2011 - öffentlicher Teil

Ergebnis:

Bis zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 22.03.2011 zurückgestellt.

**zu 5.5.4 Änderungsantrag der FDP-Stadträtin Martina Wildgrube (FDP-Fraktion) zum § 12 und § 17 der Marktsatzung (V/2010/09160)
Vorlage: V/2011/09464**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ergebnis:

Bis zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 22.03.2011 zurückgestellt.

**zu 5.5.5 Änderungsantrag der Stadträtin Martina Wildgrube (FDP-Fraktion) zum § 8 der Marktsatzung (V/2010/09160)
Vorlage: V/2011/09465**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ergebnis:

Bis zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 22.03.2011 zurückgestellt.

**zu 5.5.6 Änderungsantrag des Stadtrates Jürgen Busse (CDU Fraktion) zum § 4 (1) der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)
Vorlage: V/2011/09477**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ergebnis:

Bis zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 22.03.2011 zurückgestellt.

- zu 5.5.7 Änderungsantrag des Stadtrates Jürgen Busse (CDU Fraktion) zum § 5 (4) 6 der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)
Vorlage: V/2011/09479**
-

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ergebnis:

Bis zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 22.03.2011 zurückgestellt.

- zu 5.5.8 Änderungsantrag des Stadtrates Jürgen Busse (CDU Fraktion) zum § 5 (4) 7 der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)
Vorlage: V/2011/09481**
-

zurückgezogen

- zu 5.5.9 Änderungsantrag des Stadtrates Jürgen Busse (CDU Fraktion) zum § 8 (3) 3 der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)
Vorlage: V/2011/09482**
-

zurückgezogen

- zu 5.5.10 Änderungsantrag des Stadtrates Jürgen Busse (CDU Fraktion) zum § 8 (3) 4 der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)
Vorlage: V/2011/09483**
-

zurückgezogen

- zu 5.5.11 Änderungsantrag des Stadtrates Jürgen Busse (CDU Fraktion) zum § 10 (1) 1 der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)
Vorlage: V/2011/09484**
-

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 15. Februar 2011 - öffentlicher Teil

Ergebnis:

Bis zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 22.03.2011 zurückgestellt.

**zu 5.5.12 Änderungsantrag des Stadtrates Jürgen Busse (CDU Fraktion) zum § 12 (2) der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)
Vorlage: V/2011/09485**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ergebnis:

Bis zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 22.03.2011 zurückgestellt.

**zu 5.5.13 Änderungsantrag des Stadtrates Jürgen Busse (CDU Fraktion) zum § 12 (3) der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)
Vorlage: V/2011/09486**

zurückgezogen

**zu 5.5.14 Änderungsantrag des Stadtrates Jürgen Busse (CDU Fraktion) zum § 12 (4) der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)
Vorlage: V/2011/09487**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ergebnis:

Bis zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 22.03.2011 zurückgestellt.

**zu 5.5.15 Antrag des Stadtrates Jürgen Busse (CDU Fraktion) zur Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)
Vorlage: V/2011/09488**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ergebnis:

Bis zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 22.03.2011 zurückgestellt.

**zu 5.6 Haushaltsausgabereste für Ausgaben des Vermögenshaushaltes
2010
Vorlage: V/2011/09457**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Bönisch, Herr Misch, Herr Krause, Herr Knöchel, Herr Wolter, Herr Dr. Meerheim, Herr Geier und Herr Osterwald (Teamleiter Investitionskontrolle und Fördermittel).

Herr Geier führte auf Nachfrage aus, dass die Haushaltsreste nach Anmeldung der entsprechenden Fachdezernate und streng nach Haushaltsrecht gebildet werden. Die Maßnahmen, die übertragen werden sollen, müssen entweder schon begonnen sein oder ein Vertrag müsse vorliegen. Bei einem Großteil der Maßnahmen, die nicht für die Übertragung vorgeschlagen werden, handelt es sich um Projekte, die nach den Fördermittelvorschriften im Haushalt geplant sein müssen, um Fördermittel zu beantragen. Diese aber im laufenden Verfahren nicht bewilligt wurden. Dies müsse mit dieser Vorlage für den Jahresabschluss korrigiert werden. Durch die verfügte Haushaltssperre konnten einige Neubeginne nur verspätet oder gar nicht erfolgen. Die Aufgabe des Dezernates I bestehe auch darin zu sichern, dass der Vermögenshaushalt ausgeglichen gestaltet werde.

Herr Osterwald ergänzte, dass man nicht davon ausgehen könne, dass geplante Mittel weggefallen seien, sondern geplante Fördermittel seien erst gar nicht gekommen, die sonst hätten cofinanziert werden müssen.

Herr Geier regte für die Beantwortung von Detailfragen eine Sondersitzung an.

(18:00 Uhr - Herr Müller verließ die Sitzung. Frau Dr. Wünscher übernahm die Vertretung.)

Herr Geier betonte, dass die Mittel nicht verfallen seien, sondern den Jahresabschluss verbessern und als erspart angesehen werden können.

Die Mitglieder regten an, dass bei größeren Abweichungen in Zukunft die Fachausschüsse involviert werden müssten, um die inhaltlichen Auswirkungen zu prüfen und ggf. Gegensteuerungsmaßnahmen zu ergreifen. So sei zum Beispiel durch die Stadträte nicht nachvollziehbar, dass die Verwaltung im Jahr 2009 einschätzt, dass für die Wasserleitung auf dem Südfriedhof dringender Sanierungsbedarf besteht. Diese Mittel wurden für die noch dringendere Maßnahme der Sanierung der Kolumbarien auf dem Gertraudenfriedhof eingesetzt. Im Haushaltsjahr 2010 wurden keine Mittel für die Wasserleitung auf dem Südfriedhof eingeplant. Diese wurden dann im Rahmen der Diskussion des Nachtragshaushaltes 2010 aufgrund eines Antrages eingestellt. Die Umsetzung der Maßnahme erfolgte nach heutigem Kenntnisstand nicht, aber es wurde auch kein Haushaltsrest gebildet. 2009 war die Maßnahme dringend. 2011 nicht mehr? Diese Sachverhalte seien für den Stadtrat nicht transparent.

Herr Geier bot an, dass in einem gesonderten Termin die Thematik mit interessierten Mitgliedern gern ausführlich besprochen werden könne. Dann könnten auch die speziellen Fachakten für die Erläuterung einzelner Maßnahmen beigezogen werden.

Wenn die Übertragung in der heutigen Sitzung nicht bestätigt werden sollte und in der kommenden Sitzung erneut beraten werde, verschiebe sich der Jahresabschluss.

Die Mitglieder erkannten, dass die Ursachen in den Projekten bzw. der Planung liege, die nicht wie beabsichtigt aufgegangen seien.

Es wurde die dringende Bitte an die Verwaltung gerichtet, das zukünftige Verfahren transparent zu gestalten und auch in den Fachausschüssen eine ausführliche Diskussion zu führen, wo im Nachhinein der Haushalt in der Durchführung geändert werden musste und aus welchen Gründen. Die Verfahrensweise ist unbedingt zu ändern.

Herr Wolter stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte:

Wortmeldungen wurden nicht gewünscht.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag:

einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

6 Enthaltungen

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Übertragung der Haushaltsausgabereste 2010 wird bestätigt.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 6.1 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Einrichtung von Grüne-Welle-Schaltungen an allen Ampelanlagen in Halle (Saale)
Vorlage: V/2010/09245**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Dr. Wöllenweber, Herr Wehrich, Herr Dr. Meerheim, Herr Knöchel, Herr Bönisch, Herr Misch und Herr Roesler (Teamleiter Verkehrsentwicklungsplanung / Nahverkehr).

Herr Dr. Wöllenweber begründete den Antrag und wies besonders darauf hin, dass seit der Verabschiedung des verkehrspolitischen Leitbildes im Jahr 1997 viel Zeit vergangen sei und erhebliche Veränderungen eingetreten seien. Neues Nachdenken und eine Überarbeitung und Anpassung an die neuen Gegebenheiten seien erforderlich. Auch bei der HAVAG werde über diese Thematik diskutiert.

Einige Mitglieder sprachen sich gegen den Antrag aus, da dieser gegen die Interessen der Stadt gemäß dem Luftreinhalteplan laufen würde. Ziel müsse es sein, dass der ÖPNV stärker genutzt werde. Die Kosten für die Stadt nach der Umsetzung des Beschlusses seien nicht angeben.

Herr Roesler führte aus, dass im Ordnungsausschuss eine ähnliche Diskussion sehr ausführlich geführt wurde. Ebenso wird das verkehrspolitische Leitbild seit mehreren Monaten mit allen Fraktionen und Bürgerinitiativen, die den Einladungen gefolgt sind, beraten. Die Umsetzung des Antrages sein rein technisch physikalisch nicht möglich und die Umstellungen würden mehrere Mio. € Kosten verursachen. Durch den ÖPNV werden die

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 15. Februar 2011 - öffentlicher Teil

Grüne-Welle-Schaltungen gehemmt. Die Staus konnten in den vergangenen Jahren erheblich minimiert werden. Es sei weiterhin das Ziel, ein Optimum für alle Verkehrsteilnehmer zu erreichen.

Es wurde der Hinweis von Seiten der Stadträte gegeben, den Verkehrsfluss in Trotha stadtauswärts zu prüfen. Weiterhin solle von der Prüfung der finanziellen Auswirkungen Abstand genommen werden, wenn eine Umsetzung technisch und physikalisch nicht machbar ist.

Abstimmungsergebnis:

1 Ja-Stimme
10 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt,

zur Reduzierung von Luftschadstoffen möglichst alle Ampelanlagen in der Stadt Halle (Saale) in eine Grüne-Welle-Schaltung für den motorisierten Individualverkehr einzubeziehen.

Für die Anlagen, die bereits gekoppelt sind, ist endlich eine Grüne Welle auch für den Individualverkehr durchzusetzen.

**zu 6.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Vertrieb des Rad- und Wanderstadtplans Halle (Saale)
Vorlage: V/2010/09327**

Herr Geier und Herr Wolter berichteten aus dem Ausschuss für Wirtschaftsförderung. In diesem hatte die Verwaltung zugesagt, den Antrag als Prüfauftrag anzunehmen.

Daraufhin zog Herr Wehrich den Antrag zurück.

Ergebnis:

zurückgezogen

**zu 6.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Sachkundigen Einwohners im Bildungsausschuss, Thomas Senger, zur Änderung der Schülerbeförderungssatzung
Vorlage: V/2010/09267**

Antrag wurde im Bildungsausschuss am 1.2. zurückgezogen.

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

Schriftliche Anfragen lagen nicht vor.

zu 8 **Mitteilungen**

Die Verwaltung gab folgende Mitteilungen:

- Übersicht über die Vorhaben der Stadt Halle (Saale) in Rahmen des Konjunkturpaketes II mit Stand vom 14.02.2010

Schriftlich

- Zwischenstand über die Meldungen über den Online-Fragebogen zum Haushalt 2010

Herr Geier informierte, dass sich bisher 16 Bürger gemeldet haben. Diese Meldungen gehen parallel an die Stadtratsfraktionen.

- Projektbericht zur Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens in der Stadt Halle (Saale) mit Stand vom Februar 2011

Frau Gruß führte aus, dass der Bericht aufgrund einer Anforderung aus der Politik erarbeitet wurde. Sie gab die wesentlichen Inhalte des Berichtes kurz wieder. Besonders wies sie auf die Ziele des Projektes hin. Mit der Einführung der Doppik sollte die Nutzung der Chance verbunden werden, die strategische Steuerung zu stärken und die strategischen Ziele zu nutzen. Der Haushalt werde eine organische Darstellungsform haben. In dieser sind die Dezernats- und Ämterbudgets sowie die einzelnen Produkte und deren Ziele und Kennzahlen darstellbar. Die Instrumente der Kosten-Leistungs-Rechnung werden genutzt und erhalten eine höhere Wertstellung. Im Jahr 2009 haben viele Bereiche (mindestens einer pro Dezernat) ein Simulationsjahr zur doppelischen Abbildung des kameralen Systems absolviert. Aufgrund dessen konnten Probleme und Schwachstellen erkannt und ausgebessert werden. Das Haushaltslayout (Seite 1) sei rechtlich vorgegeben. Frau Gruß führte aus, dass Anregungen direkt an sie herangetragen werden können. Sie avisierte eine Informationsvorlage für die Sitzung des Finanzausschusses im April 2010. In dieser werde auf das Haushaltslayout, die Budgetierungsrichtlinien und die Produktliste explizit eingegangen und Hinweise auf die Eröffnungsbilanz gegeben. Die Feststellung des Jahresabschlusses erfolge wie bei der Jahresrechnung. In die Bilanzpolitik werde der Stadtrat eingebunden. Die Schulungen der Stadträte wurden als Schwerpunkt der anstehenden Aufgaben aufgenommen. Die finanziellen Auswirkungen des Projektes sind in der Anlage 1 des Berichtes dargestellt.

Auf Nachfrage führte Frau Gruß aus, dass sie kein Risiko für die Einführung der Doppik zum 01.01.2012 sehe.

zu 9 **mündliche Anfragen**

Finanzausgleichsgesetz (FAG)

Auf Nachfrage von Herrn Wolter führte Herr Geier aus, dass noch kein abschließender Bescheid auf den Widerspruch zum Festsetzungsbescheid eingegangen sei.

Haushaltsplan 2011 - hier: Zeitplan und inhaltliche Untersetzung
Nachfrage von Herrn Wolter

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 15. Februar 2011 - öffentlicher Teil

Herr Dr. Meerheim führte aus, dass aufgrund der 2. Lesungen zum Haushaltsplan in der normalen Terminkette der Fachausschüsse die Sondersitzungen des Finanzausschusses am 24.02., 01.03., 03.03., 08.03. und 10.03. ausfallen und Ersatztermine mitgeteilt werden. Herr Geier fügte an, dass durch die 2. Lesungen eine Beschlussfassung im März nicht mehr erfolgen könne.

Herr Wolter informierte, dass bezüglich der noch einzusparenden 12,3 Mio. € noch keine konkreten Vorschläge in den bereits stattgefundenen Fachausschüssen von der Verwaltung eingebracht wurden.

Herr Geier erläuterte, dass die Reduzierungsvorgaben für den Haushaltsplanentwurf 2011 den Fachbeigeordneten übergeben wurden. (Herr Knöchel bat um Übergabe dieser Liste bis zur Stadtratssitzung.) Diese haben den Auftrag, die entsprechenden Summen haushaltsstellenkonkret zu untersetzen und in den zuständigen Fachausschüssen zu beraten. Das Ergebnis dieser Beratungen wird dem Dezernat I übergeben. Die Kämmerei fertigt daraus die Änderungslisten für die Sondersitzungen des Finanzausschusses.

Mehrere Stadträte betonten, dass noch keine Sparvorschläge von der Verwaltung zu den Fachausschusssitzungen eingereicht wurden.

Herr Kogge führte aus, dass in den stattgefundenen Sitzungen der Fachausschüsse seines Zuständigkeitsbereiches über die noch zu untersetzende Summe gesprochen worden sei. Im Jugendhilfeausschuss im Rahmen eines Vortrages sehr ausführlich. Die Einsparungen seien für die Fachbeigeordneten sehr schwierig, da der Haushaltsplanentwurf bereits stringent geplant wurde. Zusätzlich stünden bundesgesetzliche Änderungen an.

Widerspruches gegen die Beanstandungsverfügung

Herr Wehrich fragte nach der Begründung des Widerspruches gegen die Beanstandungsverfügung vom 16.12.2010 zur Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten in eine Anstalt des öffentlichen Rechts.

Herr Kogge sagte diese für die Sitzung im März zu.

Beteiligungsbericht 2009

Herr Wehrich wies darauf hin, dass der Beteiligungsbericht 2009 der Stadt Halle (Saale) nicht als Anlage der Vorlage zum Haushaltsplan beigefügt sei. Herr Geier dankte für den Hinweis und sagte zu, diesen umgehend der Vorlage beifügen zu lassen.

Fördermittel Sportbereich

Herr Bönisch fragte nach der Verfahrensweise bezüglich der Auszahlung der Fördermittel im Sportbereich.

Herr Wolter und Herr Geier verwiesen auf die Beantwortung der Anfrage für die Stadtratssitzung im Januar sowie die ergänzenden Erläuterungen - siehe Protokoll.

Sporthalle Glauchaschule

Auf Nachfrage von Herrn Bönisch erläuterte Herr Kogge, dass die Baumaßnahme in der Sporthalle der Glauchaschule noch nicht vollständig abgeschlossen und aus diesem Grund noch nicht für den Vereinssport freigegeben sei.

Jahresergebnis 2010

Herr Geier sagte aufgrund einer Bitte von Herrn Bönisch und der anderen Mitglieder des Finanzausschusses eine Übersendung der Daten (inklusive Gruppierungsübersicht) in digitaler Form bis spätestens 11.03.2011 zu.

Essengeldzuschuss lt. Halle-Pass

Auf Nachfrage von Herrn Knöchel führte Herr Kogge aus, dass die ursprünglich vorgesehene Vorlage vertagt wurde, um die Bundesmittel in voller Höhe abschöpfen zu können. Es wäre außerdem eine freiwillige Leistung, weil die gesetzlichen Grundlagen noch nicht vorliegen. Als Fazit könne festgehalten werden, dass der Essenanspruch für die Kinder gewährt wird und die entsprechenden Firmen ihren Ausgleich für Dezember 2010 erhalten.

Pacht- und Mietzuschüsse an Vereine

Herr Bönisch regte an, die Verfahrensweise der Ausreichung für Pacht- und Mietzuschüsse an Vereine zu überprüfen und zu optimieren.

Swap-Geschäfte

Herr Dr. Meerheim bat um eine Information in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses über die Swap-Geschäfte der Stadt Halle (Saale)

zu 10 Anregungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender des
Ausschusses

Egbert Geier
Beigeordneter
Finanzen und Personal

Martina Beßler
Protokollführerin

(19:30 Uhr - Herr Bönisch verließ die Sitzung.)